

Sitzungsperiode 2025-2026  
Sitzung des Ausschusses I vom 8. Juni 2026

---

### **FRAGESTUNDE\***

- **Frage Nr. 408 von Herrn SERVATY (SP) an Ministerpräsident PAASCH zur Bereitstellung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums an das Arbeitsamt**

Die Umsetzung der föderalen Arbeitsmarktreform stellt das hiesige Arbeitsamt und die 9 ÖSHZ in der DG vor große Herausforderungen.

In den Haushaltsberatungen zum Ursprungshaushalt 2026 hat Ihr Kollege Franssen auf der Plenarsitzung vom 10.12.2025 erwähnt, dass zur Betreuung der geschätzt 1.250 von der föderalen Arbeitsmarktreform betroffenen Personen das Kollektivangebot „Fokus Job“ beim Arbeitsamt durchgeführt werden soll und dass dafür auf die Hilfe von 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums zurückgegriffen werden kann.

Diese ungewöhnliche und an die Vorgehensweise anlässlich der Covid-Epidemie erinnernde Maßnahme macht auf eindrucksvolle Weise deutlich, wie umfangreich und kostenintensiv die Folgen der föderalen Arbeitsmarktreform auch für unsere Gemeinschaft ist und in welchem Ausmaß sie zu einer Verschiebung des Problems von der föderalen auf die gliedstaatliche Ebene führt. Es stellt sich aber auch die Frage, inwieweit eine derartige Verlagerung von Personal aus dem Ministerium ins Arbeitsamt die Arbeit in den Diensten der Gemeinschaftsverwaltung beeinträchtigt, in denen die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bisher tätig waren und wichtige Aufgaben zu erfüllen hatten.

In diesem Zusammenhang möchte ich Ihnen als für das Personal und die Verwaltung zuständiges Mitglied der Regierung folgende Fragen stellen:

1. Wie ist der Einsatz dieses zusätzlichen Personals beim Arbeitsamt bisher konkret verlaufen?
2. Wie lange werden diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch für das Arbeitsamt tätig bleiben?
3. Welche Auswirkungen hat diese zusätzliche Arbeit auf die Erledigung der bisherigen Aufgaben dieser Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehabt?

- **Frage Nr. 409 von Frau COLLING (ECOLO) an Ministerpräsident PAASCH zu Kontakten der DG im Bereich Wasserstoffinfrastruktur**

Wasserstoff gilt in der aktuellen europäischen Energieplanung nicht als klassische Primärenergiequelle, sondern als sogenannter „Energieträger“ und industrieller Rohstoff. Er wird insbesondere dort eingesetzt, wo eine direkte Elektrifizierung technisch oder wirtschaftlich

---

\* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

schwierig ist, etwa in der Stahl- oder Chemieindustrie oder als Langzeitspeicher für überschüssige erneuerbare Energie. Gleichzeitig ist die Nutzung von Wasserstoff zur Rückverstromung in Gasturbinen technisch möglich, allerdings mit geringeren Gesamtwirkungsgraden als eine direkte Elektrifizierung. Eine zentrale Forschungsfrage ist dabei die Entwicklung von Verbrennungssystemen, die Wasserstoff mit möglichst geringen Stickoxid-(NO<sub>x</sub>)-Emissionen nutzen können. Hierzu wird unter anderem im Raum Aachen seit Jahren intensiv geforscht.

In diesem Zusammenhang spielt der Ausbau einer europäischen Wasserstoffinfrastruktur eine zentrale Rolle. Ein wesentlicher Akteur ist dabei das Unternehmen Fluxys, der belgische Fernleitungsnetzbetreiber für Gasinfrastruktur. Fluxys entwickelt derzeit gemeinsam mit europäischen Partnern ein grenzüberschreitendes Wasserstofftransportnetz, das bestehende Gasleitungen teilweise umnutzt und durch neue Leitungsabschnitte ergänzt.<sup>1</sup> Ziel ist ein sogenanntes „European Hydrogen Backbone“<sup>2</sup>, das industrielle Cluster, Häfen und Energiezentren in Nordwesteuropa miteinander verbindet.

Konkret betrifft dies auch die Grenzregion zwischen Belgien und Deutschland. Im Raum Eynatten ist eine Wasserstoffverbindung vorgesehen, die das belgische Netz mit dem entstehenden deutschen Wasserstoff-Kernnetz verbindet. Dieses deutsche Kernnetz wird seinerseits von mehreren Übertragungsnetzbetreibern entwickelt und soll bis in die großen Industrie- und Kraftwerksstandorte wie die Region Aachen/Weisweiler reichen, wo perspektivisch auch wasserstofffähige Gaskraftwerke zur Absicherung erneuerbarer Stromproduktion vorgesehen sind.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie die von der Regierung beschriebenen Bemühungen zur Schaffung eines Wasserstoffterminals in der DG<sup>3</sup> konkret ausgestaltet sind und welchen Umsetzungsstand sie derzeit haben.

Hierzu unsere Fragen:

1. Welche konkreten Ansprechpartner nutzt die DG im Bereich Wasserstoffinfrastruktur?
2. In welche Koordinationsstrukturen von Fluxys sowie belgischen und deutschen Netzbetreibern im Raum Eynatten–Aachen ist die DG eingebunden?
3. Welche energiepolitischen Zielsetzungen liegen den wasserstoffbezogenen Infrastrukturüberlegungen der DG zugrunde?

• **Frage Nr. 410 von Frau COLLING (ECOLO) an Ministerpräsident PAASCH zum Aufbau finanzieller Reserven aus außerordentlichen Einnahmen**

Die Deutschsprachige Gemeinschaft erhält gelegentlich Einnahmen, die nicht dauerhaft oder strukturell sind. So wird die DG 2026 im Rahmen der Verteilung der Erlöse aus dem Verkauf der 5G-Lizenzen einen Anteil von rund 2,5 Millionen Euro erhalten. Darüber hinaus profitiert die DG immer wieder von zeitlich begrenzten Finanzierungsquellen, etwa durch europäische Förderprogramme oder andere Sondermechanismen, welche bestimmte Ausgaben vorübergehend mitfinanzieren und dadurch den Gemeinschaftshaushalt entlasten, wie z.B. der RAF-Fond im Energieprämiensystem bis 2026.

Solche Einnahmen und Finanzierungseffekte bieten die Möglichkeit, finanzielle Spielräume zu schaffen. In anderen Staaten oder Regionen werden vergleichbare außerordentliche Einnahmen zumindest teilweise genutzt, um Rücklagen für wirtschaftlich schwierigere Zeiten aufzubauen oder künftige Investitionen zu finanzieren.

<sup>1</sup> <https://www.fluxys.com/en/about-us/fluxys-belgium/construction-projects/projects-in-preparation/h2-berneau-eynatten>.

<sup>2</sup> <https://ehb.eu/page/european-hydrogen-backbone-maps-1>.

<sup>3</sup> „So setzen wir uns zum Beispiel vehement für ein Wasserstoffterminal in der DG ein, um Kunden thermisch und elektrisch zu versorgen.“ - Regierungserklärung O. Paasch, September 2025, Seite 14: <https://oliver-paasch.be/wp-content/uploads/sites/2/2025/10/20250915regierungserklaerungein-zukunftsaehig-es-resilientes-und-lebenswertes-ostbelgien.pdf>.

In der Deutschsprachigen Gemeinschaft fließen solche Mittel hingegen grundsätzlich in den allgemeinen Haushalt und tragen zur Finanzierung laufender Ausgaben bei. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob die DG überhaupt die Möglichkeit hat, nicht wiederkehrende Einnahmen oder temporäre finanzielle Spielräume systematisch für den Aufbau von Reserven zu nutzen.

Hierzu unsere Fragen:

1. Verfügt die DG über die rechtliche und haushaltstechnische Möglichkeit, finanzielle Reserven aufzubauen?
2. Können außerordentliche oder nicht wiederkehrende Einnahmen einem solchen Fonds zugeführt werden?
3. Hat die Regierung in den letzten beiden Legislaturperioden die Bildung solcher Reserven geprüft?

• **Frage Nr. 411 von Herrn BALTER (VIVANT) an Ministerpräsident PAASCH zum aktuellen Stand rund um die Eyneburg**

In Ihrer Antwort vom 6. Oktober 2025 während der Regierungskontrolle<sup>4</sup> stellten Sie klar, dass noch kein rechtswirksamer Konzessionsvertrag abgeschlossen sei. Die Finalisierung setze architektonische Vorstudien voraus. Diese sollten im ersten Halbjahr 2026 erfolgen. Erst danach könne ein Vertrag abgeschlossen werden.

Inzwischen wurden erste Sicherungsarbeiten beendet. Die Arbeiten seien im Zeit- und Kostenrahmen erfolgt<sup>5</sup>. Zugleich erklärte Bürgermeister Daniel Hilligsmann, Vorsitzender der Eyne GmbH, es habe sich nur um eine erste Phase gehandelt. Es bleibe viel zu tun. Erste Studien des Atelier phi sollten bis zum Sommer vorliegen.

Im Kelmiser Gemeinderat wurde Ende Mai erneut nach dem Stand gefragt. Herr Hilligsmann verwies auf die DG. Die Eyneburg sei ausschließliches Eigentum der DG. Fragen zu Investitionen und künftiger Nutzung seien Sache der DG und ihres Parlaments. Wörtlich erklärte er: „Wir sind bis auf Weiteres nicht dafür zuständig, die Arbeiten rund um die Eyneburg zu kontrollieren.“<sup>6</sup>

Damit liegt die Verantwortung bei der Regierung. Zugleich bleiben zentrale Fragen offen. Anfang 2024 wurde Jean-Paul Biltiau als Investor vorgestellt. Damals war von Restaurant, Führungen, Mittelaltermärkten, Übernachtungen, Micro-Brauerei und zehn Escape Rooms die Rede. Genannt wurden 50.000 Besucher pro Jahr und 40 neue Arbeitsplätze<sup>7</sup>. Über das Finanzierungskonzept wurde seitdem jedoch wenig bekannt.

Hierzu meine Fragen an Sie:

1. Wie ist der aktuelle Stand der Zusammenarbeit mit dem Investor?
2. Welche Gesamtkosten sind für die öffentliche Hand seit dem Ankauf der Eyneburg aufgelaufen?
3. Welcher verbindliche Zeitplan liegt für das Projekt Eyneburg derzeit vor?

• **Frage Nr. 412 von Herrn SERVATY (SP) an Ministerpräsident PAASCH zur Abschaffung der Polizeiräte in Ostbelgien**

Die ostbelgische Presse meldete am 2. Juni, dass der Polizeirat der Zone Eifel am Montagabend, den 1. Juni 2026 wohl zum letzten Mal in dieser Form tagte.

<sup>4</sup> [https://pdg.be/desktopdefault.aspx/tabid-4891/8665\\_read-75363/](https://pdg.be/desktopdefault.aspx/tabid-4891/8665_read-75363/).

<sup>5</sup> <https://www.grenzecho.net/138811/artikel/2026-04-06/erste-sicherungsarbeiten-der-eyneburg-beendet>.

<sup>6</sup> <https://www.grenzecho.net/138811/artikel/2026-04-06/erste-sicherungsarbeiten-der-eyneburg-beendet>.

<sup>7</sup> <https://brf.be/regional/1797725/>.

Grund dafür sei die Reform auf föderaler Ebene, die neben der Fusion der sechs Brüsseler Polizeizonen auch die Abschaffung der Polizeiräte in allen belgischen Polizeizonen vorsieht. Außerdem sieht die Reform vor, dass die Zahl der Polizeizonen drastisch reduziert und Rahmenbedingungen für freiwillige Fusionen festgelegt werden sollen.

Nicht nur im Rat löste diese Gegebenheit deutliche Irritation aus, sondern ebenso in der breiten Bevölkerung und auf politischer Ebene. In der Tat wird durch die Streichung der Polizeiräte die lokale Verankerung und die demokratische Legitimation der Räte verringert – bis auf die Bürgermeister haben die lokalen Vertreter aus Mehrheit und Opposition somit nicht mehr die Möglichkeit, die Arbeit der Polizeiräte mitzugestalten.

In diesem Zusammenhang möchte ich Ihnen als für die ordentliche Aufsicht der Polizeiräte zuständigem Minister folgende Fragen stellen:

1. Wurde die DG-Regierung vor Abschaffung der Polizeiräte nach ihrer Meinung gefragt?
2. Wie steht die DG-Regierung zu dieser Reform?
3. Wie steht die DG-Regierung zur Fusion der Polizeizonen?